

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/191

Bonn, den 6. Oktober 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 3	15 Jahre Separatismus	108

Zum Gründungstag der "DDR"

Von G. Markscheffel

3	Hunger	26
---	--------	----

Eine erschütternde Feststellung

4 - 5	Endlich vom Wort zur Tat gelangen	85
-------	-----------------------------------	----

Notwendige Feststellungen zu den Teximorden
und den Versäumnissen der Vergangenheit
Von Herbert Bermeitinger

6 - 7	Atommülllager in der Nähe der Zonengrenze ?	59
-------	---	----

Ein unglücklicher Plan des Bundesforschungsministeriums

+ + +

15 Jahre Separatismus

Zum Gründungstag der "DDR"

Von G. Markscheffel

Am 7. Oktober 1949 wurde in Pankow nach vierjähriger intensiver Vorbereitung durch die kommunistische SED und mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht der sogenannte Erste deutsche Arbeiter- und Bauernstaat gegründet. Angeblich geschah dies als "Antwort" auf die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, deren Bevölkerung in einem freien Willensentscheid kurz zuvor kundgetan hatte, daß sie in einem demokratischen Staat leben wolle.

Seit dieser Zeit ist SED-Chef Walter Ulbricht in der sowjetischen Besatzungszone der zunächst noch als Alleinherrscher amtierende Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED und Erster Vorsitzender des Ministerrats. In seinem Schatten stand seit Begründung der "DDR" der vor kurzem gestorbene Ministerpräsident Otto Grotewohl.

In den 15 Jahren ihrer Existenz ist die Regierung der "DDR" nie etwas anderes gewesen als das Exekutivorgan der kommunistischen SED. Es gibt keine Maßnahmen dieser Regierung, keine Beschlüsse der sogenannten Volkskammer, die nicht vorher in Einklang mit den Zielen und Absichten des Zentral-Komitees der SED gebracht worden waren. Die Regierung von Pankow hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie die sowjetische Besatzungszone als Basis für einen neuen Diktaturstanz sowjetischer Prägung betrachtet, und sie hat auch nie ernsthaft versucht, die von ihr oft proklamierte Einheit des deutschen Volkes wieder herzustellen.

So hat sich in den vergangenen 15 Jahren die Regierung der "DDR", und mit ihr die SED, zur Exekutive eines gewollten Separatismus entwickelt, dessen Ziel es ist, das ganze deutsche Volk unter die Diktatur sowjetischer Gesellschafts- und Staatsvorstellungen zu zwingen.

Als am 17. Juni 1953 die Arbeiter in Berlin und in der Zone aufbrachen, um das Joch der kommunistischen Herrschaft abzuschütteln und die Einheit Deutschlands in Freiheit und Frieden zu erkämpfen, konnten sich Ulbricht und seine SED nur mit Hilfe sowjetischer Panzer an der Macht halten. Die blutige Niederwerfung des Juni-Aufstandes überführte alle jene der Lüge, die jemals behauptet hatten, sie wollten, daß die arbeitenden Menschen durch ihre Mitwirkung an der Gestaltung von Gesellschaft und Staat "ein Deutschland des Friedens, der Freiheit und des Sozialismus" aufbauen.

Brutale Gewalt, Freiheitsberaubung und seelenlose Dogmen wurden der Ersatz eines demokratischen Staatsbewußtseins. Zuchthaus und Gefängnis drohten jedem, der es wagte, eine andere als die von Pankow diktierte Verhaltensweise anzustreben.

Die Folge war ein immer größer werdender Flüchtlingsstrom, dem sich jene anschlossen, die die Freiheit suchten und ein lautes Schweigen der Zurückgebliebenen.

6. Oktober 1964

Aber weder Schikenen, noch hohltönende Reden von "Ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat" vermochten zu erreichen, daß die Menschen in der sowjetischen Besatzungszone diesen Staatsersatz anerkennen. Ulbricht mußte die Mauer in Berlin bauen, mußte den Schießbefehl auf Flüchtlinge geben, um zu verhindern, daß die Bewohner der Zone die Volkswanderung in die Freiheit fortsetzten.

Mit der Errichtung der Mauer ist vor aller Welt demonstrativ bezeugt worden, daß die "DDR" sich abschliessen muß, wenn sie wenigstens als Phantom existieren will. Eines der wesentlichen Merkmale des modernen Staates ist das Bewußtsein seiner Bevölkerung, sich in seinem Bereich wohl und geborgen zu fühlen; das heißt, in diesem Staat **l e b e n** zu wollen. Eine Regierung jedoch, die die Bewohner des von ihr beherrschten Gebietes mit Gewalt daran hindern muß, ihr davonzulaufen, kann sich zwar nennen wie sie will - sie hat aber das Recht verwirkt, im Namen des Volkes zu sprechen.

Alle diese Feststellungen entheben uns im freien Teil Deutschlands nicht der Aufgabe, immer wieder zu versuchen, den von Ulbricht und der SED gewollten Separatismus zu überwinden. Die "DDR" stützt ihre Existenz auf den Willen der Sowjetunion, die Mitteldeutschland bis auf Widerruf als Operationsfeld ihrer aussenpolitischen Ziele als "Staat" anerkennt und zunächst an der Theorie von zwei deutschen Staaten festhält.

Die Politik der Bundesrepublik muß daher auf zwei Ebenen die friedliche Lösung des Deutschlandproblems anstreben. Auf der Ebene der konsequenten Ausnutzung aller Möglichkeiten, die sich aus der Tatsache ergeben, daß Bonn mit Moskau diplomatische Beziehungen unterhält. Hier sollte es oberste Aufgabe der Bundesregierung sein, der Regierung der Sowjetunion zu beweisen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland eine viel bessere Garantie für die Erhaltung des Friedens in Europa ist als ein geteiltes Deutschland.

An guten Argumenten für diese Beweisführung fehlt es nicht, zumal besonders die Nachkriegszeit erwiesen hat, daß zerrissene Völker und künstlich geteilte Staaten als Unruhefaktoren geradezu prädestiniert sind; nicht etwa, weil die geteilten Völker das wollen, sondern weil ihr Schicksal als ungelöstes Problem die Lösung anderer Probleme erschwert.

Die zweite Ebene ist die der Aufrechterhaltung und des weiteren Ausbaus der menschlichen Beziehungen in unserem gespaltenen Volk. Wenn wir vom freien Teil Deutschlands aus nicht immer in den Raum der großen politischen Entscheidungen hineinstoßen können, weil diese, solange es keinen Friedensvertrag mit Deutschland gibt, im Bereich der ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands liegen, müssen wir aus eigener Kraft alles tun, was das Gefühl der Zusammengehörigkeit unseres Volkes zu festigen vermag.

Mit Zähigkeit, Einfallsreichtum und bei Ausnutzung aller trotz Ulbricht immer noch vorhandenen Möglichkeiten müssen wir ständig zum Zusammenleben, aber auch zur Konfrontation bereit sein. Was Weihnachten und Neujahr 1963/64 in Berlin geschah und was in diesen Tagen wieder geschehen wird - das Treffen von Hunderttausenden Deutschen - muß weiterentwickelt, muß zum ständigen Gebot der deutschen Politik werden.

Das alles hat, wie Kleingläubige gelegentlich behaupten, mit einer "Aufwertung der DDR" nicht das Geringste zu tun. Je mehr

Deutsche mit Deutschen zusammentreffen, je klarer der Wille zur innerdeutschen Konfrontation zum Ausdruck kommt, um so deutlicher wird unser Beitrag zur Überwindung von Mauer, Stacheldraht und ideologischer Grenzen sichtbar.

Das ist es, was wir am 15. Jahrestag des zur Staatsraison erhobenen Separatismus eines Walter Ulbricht zu tun haben. Gewiß, alle unsere Bemühungen um menschliche Erleichterungen, um das Zusammenführen von Menschen im geteilten Deutschland, sind kein Ersatz für die Konzeption einer Deutschlandpolitik; sie sind aber ein Mittel zur Erhaltung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Menschen in Deutschland. Und auch das ist ein Stück Deutschlandpolitik.

+ + +

Hunger

Eine erschütternde Feststellung

sp - Hunger und Unterernährung - Erzfeinde der Menschheit, haben im vergangenen Jahr zugenommen. Diese erschütternde Feststellung traf der Generalsekretär der internationalen Ernährungsorganisation, einer Unterabteilung der Vereinten Nationen, auf einer Tagung in Rom. Der Generalsekretär, ein Indier, beklagte es, daß kein Fortschritt in der Bekämpfung von Hunger und Unterernährung erreicht werden konnte, es mußten sogar, bedingt durch Geldmangel, wesentliche Kürzungen im Arbeitsprogramm vorgenommen werden. Diese Klage des Indiers geht uns alle an. Ein Drittel der Menschheit leidet unter der Geißel von Hunger und Unterernährung, ein Drittel der Menschheit muß früher sterben, weil es an Nahrung fehlt. Die Kluft zwischen den reichen und den armen Völkern, zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern, weitet sich aus. Hunger und Elend haben sich in der Geschichte immer als Triebkräfte großer revolutionärer Umwälzungen erwiesen und erzeugten ein Meer von Blut und Tränen. Ist den hungerrnden Völkern dieser Erde der gleiche Weg vorgezeichnet? Dem ermordeten US-Präsidenten Kennedy schwebte die Vision einer Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und einem vereinigten Europa vor. Dazu bestimmt, Solidarität im Weltmaßstab zu üben. Dieser Gedanke hat seinen Leuchtkraft verloren, er droht in Gewirr von Eifersüchteleien und Streitigkeiten unterzugehen. Wenn es den reichen Industrienationen nicht gelingt, die Kluft zwischen den Reichen und den Habenichtsen zu verringern, geraten sie in nicht allzuferner Zukunft selbst in Gefahr. Dies ist nicht allein eine Frage des Wissens, es ist dies auch eine Frage des Überlebens in einer Welt, die immer weniger dazu neigt, Hunger und Elend als naturgegeben hinzunehmen.

+ + +

Endlich vom Wort zur Tat gelangen

Notwendige Feststellungen zu den Taximorden
und den Versäumnissen der Vergangenheit
Von Herbert Bermeitinger

Am Mittwoch dieser Woche wird der junge Bonner Taxifahrer, der in der vergangenen Woche Opfer einer rachsüchtigen Tat wurde, auf einem Friedhof der Bundeshauptstadt zur letzten Ruhe gebettet. Tausende Kollegen werden ihm das letzte Geleit geben, Millionen Menschen werden in Gedanken bei der jungen Frau und Mutter und bei den Kindern sein, denen der Vater genommen wurde. Millionen fragen sich in der Bundesrepublik seit dem Bekanntwerden dieser jüngsten Bluttat: "Musste das sein?" Und mit den besonders gefährdeten und deshalb besonders betroffenen Taxichauffeuren fragen auch wir: "Wie lange noch?"

Die Frage des Wie-lange-noch stellt sich aber, das kann nicht deutlich genug betont werden, keineswegs erst seit gestern oder heute. Am 20. März 1959, also vor fünfeinhalb Jahren, hat der stellvertretende Bundesvorsitzende des Zentralverbandes der Taxifahrer Deutschlands, Josef Gebhardt, in München die Frage "Wie lange noch" bereits mit aller Eindringlichkeit gestellt. Er erinnerte daran, daß sich nach dem Kriege (1945 bis 1957) im Bundesgebiet 657 Raubüberfälle auf Taxichauffeure ereignet hätten, davon 31 mit Todesfolge! Josef Gebhardt verlangte im Hinblick auf seine toten Kollegen zwar auch die Todesstrafe, aber gleichzeitig erklärte er mit Nachdruck, die Sicherheit der Fahrer erfordere es nach Ansicht seines Verbandes, "daß nur viertürige Fahrzeuge in Betrieb sind und Trennwände hinter dem Fahrersitz eingebaut werden". Ein Sprecher des bayerischen Landeskriminalamtes fügte damals hinzu, technische Maßnahmen könnten zwar nur einen begrenzten Schutz bieten, aber eine Trennwand solle in keinen Wagen fehlen; auch an der Wirkung akustischer Alarmanlagen sei nicht zu zweifeln.

Um es nochmals zu sagen: Der Sprecher der deutschen Taxichauffeure verwies schon 1959 auf die 31 toten Kollegen. Dennoch zog aus jener traurigen Bilanz niemand die Konsequenz: Die Taxiunternehmer ließen kaum irgendwo die für so dringend erachteten Schutzvorrichtungen einbauen, die Taxifahrer fanden sich niemals zu einem unüberhörbaren Protestzug gegen ihre Arbeitgeber zusammen und die Bundesregierung verzichtete aus unerfindlichen Gründen darauf, von Gesetzes wegen den Einbau der Sicherungen zu verlangen. Fünfeinhalb Jahre nach jener Mahnung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden des Zentralverbandes der Taxifahrer sind die Chauffeure noch genau so ungeschützt wie damals.

Die Bilanz, die sich nach dieser fünfeinhalbjährigen Untätigkeit heute darbietet, ist erschütternd: Aus den 31 ermordeten Taxifahrern, die bis Ende 1957 verzeichnet wurden, sind seit-

her - nach unbestrittenen Pressemeldungen - 182 geworden! In den zwölf Jahren von 1945 bis 1957 - 31 ermordete Taxifahrer, in den sechseinhalb Jahren seither aber - 151 !

Der Zentralverband der Taxifahrer Deutschlands hat jetzt gegen die "passive Haltung" der Bundesregierung protestiert und nach einem Gesetz verlangt, das den Einbau von Sicherheitsvorkehrungen in Taxis sowie die gesetzliche Verpflichtung der Taxifahrer zur Versicherung gegen Tod und Überfall beinhalten soll. Die Kölner Gewerkschaft Taxifahrer e.V. hat am vergangenen Sonntag ebenfalls einen wirksamen Schutz ihrer Mitglieder verlangt an Stelle der "nutzlosen Debatten über die Wiedereinführung der Todesstrafe". Die Gewerkschaft der Fahrer wirft den Taxiunternehmern vor, ihre Pflicht versäumt zu haben, sie gegen Überfälle zu schützen.

Die Versöhnisse der Regierung und der Taxiunternehmer müssen endlich beendet werden. Niemals kann und darf es genügen, über die Versöhnisse dadurch hinwegzutäuschen, daß ausgerechnet der Mann, der fast 15 Jahre lang an der Spitze der Regierung gestanden hat, sich in einem Telefongespräch zwischen Bonn und Adenabbe einfach für die Wiedereinführung der Todesstrafe ausspricht. Dabei ist dem Alt-Bundeskanzler zweifelsohne bekannt, daß sein damaliger Justizminister Dr. Thomas Dehler bei der Debatte über die Todesstrafe im Jahre 1952 (im Namen der von Adenauer geführten Bundesregierung) sinngemäß erklärte: Ein Vergleich von Ländern mit und ohne Todesstrafe zeige, daß Galgen oder Fallbeil keine abschreckende Wirkung zukomme!

Vieles spricht aber dafür, daß es dem "größten Wahlkämpfer aller Zeiten" primär gar nicht auf den Schutz der Taxifahrer, sondern auf einen Wahlsieger ankommt. Eine Ansicht, die auch in zahlreichen Zeitungskommentaren der letzten Tage vertreten wurde.

Wir meinen, es ist höchste Zeit, vom Wort zur Tat zu gelangen, zu einem wirksamen Schutz der Taxifahrer durch alle jene Einrichtungen, die die Technik unserer Zeit entwickelt hat. Es kann nicht darum gehen, die Verstorbenen zu rächen; die Lebenden zu schützen - das ist das Gebot der Stunde, das ist die Mahnung, die 182 tote Taxifahrer hinterlassen haben.

Für durchsichtige Wahlpropaganda läßt die erschreckende Bilanz der Verbrechen an Taxifahrern keinen Millimeter Spielraum, selbst dann nicht, wenn ein Taxifahrenmord nach verlorenen Wahlen stattgefunden hat, selbst dann nicht, wenn der Ermordete - der Eihundertzweiundachtzigste - zufällig im Wahlkreis des CDU-Abgeordneten Dr. Adenauer seinen Wohnort hatte.

Atomülllager in der Nähe der Zonergrenze ?

Ein unglücklicher Plan des Bundesforschungsministeriums

el - Das Bundesforschungsministerium hätte sich wahrlich etwas anderes einfallen lassen sollen, um - zunächst nach einem Dreistufenplan - die Möglichkeit zu untersuchen, ob in dem 1964 stillgelegten Kalibergwerk Asse im niedersächsischen Zonengrenzkreis Wolfenbüttel das erste ständige Atomülllager der Bundesrepublik angelegt werden kann. Angesichts des "Eisernen Vorhangs" ist schon der "Untersuchungsplan" ein politisches Spiel mit dem Feuer.

Die Problematik der Lagerung des gefährlichen "Atomabfalls" ist nicht zu bagatellisieren. Die USA kippten bisher den Atomüll einfach ins Meer. Die Franzosen wählten die Sahara als Atomülllager, die Sowjetunion nutzt die unendlichen Weiten Sibiriens.

Bei der eigentlich noch in der Kinderschuhen steckenden Atomforschung der Bundesrepublik fiel bisher noch wenig Atomüll an. Er wird in genormten 200-Liter-Fässern in München, Karlsruhe und Berlin gelagert. Das galt bis dato als Provisorium, zumal an diesen drei Stellen inzwischen 2500 Atomüll-Spezialfässer gelagert werden.

Wohin aber mit diesem "Abfall", der nur isoliert untergebracht werden kann? Der Atomüll setzt seine gefährlichen Strahlungen fort. Er stellt noch immer eine Gefahr für die Menschheit dar.

Daß in Bonn nach einem dauerhaften, gefahrlosen Lagerplatz gesucht wird, ist anzuerkennen. Eine Forschungsgruppe studiert zur Zeit die besonders von den USA praktizierte Methode der Atomüllbeseitigung durch Versenkung im Meer. In diesem Zusammenhang werden Probeversenkungen niedrigaktiver Atomüllfälle in den Atlantik in Tiefen von über 2000 m ausgeführt.

Die zweite Untersuchung konzentriert sich nunmehr auf das Kalibergwerk Asse, von dem zwei Schächte "abgesoffen" sind. In dem vom Bundesforschungsministerium zunächst für die Dauer eines Jahres angemieteten dritten Schacht liegt die Teufel bei der 800 m-Grenze. Nur bis zu 700 Metern wurde abgebaut. Auf der 600 m-Schle lagen die ergiebigen Stücke.

Von der "Asse" in unmittelbarer Nähe der weitbekannten Lessingstadt Wolfenbüttel bis zur Zonengrenze ist es nur ein Katzensprung. Aus diesem Grunde stand auch die Frage, ob das Bundesforschungsministerium eher einen politischen als einen technischen Fehlgriff zu machen geneigt ist, an erster Stelle. Sowjetzonale Agitatoren würden auf diesen Propagandaclou gewiß nicht verzichten.

"Die Bundesregierung trägt hierfür einzig und allein die Verantwortung", mit diesen Worten faßte der für den Zonengrenzkreis zuständige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Heinz Morgenstern weniger das Echo der ca. 134 000-köpfigen Bevölkerung in technischer als in politischer Hinsicht zusammen. Inzwischen ergingen Proteste aus den Gemeinden des bis dahin friedlichen Landkreises so spontan, daß sich alsbald das zuständige Kreistagsparlament damit beschäftigen mußte. Das Resultat war die einstimmige Ablehnung des Bonner Planes.

Obwohl Fachleute die Gefahr einer Verseuchung des Grundwassers durch radioaktive Stoffe für unmöglich halten, befürchten angrenzende Landgemeinden gerade eine solche Auswirkung als Folge der Atomwüllagerung in dem früheren Bergwerk.

Viele Menschen kennen hier den "Berg" in der "Asse", einen ansonsten idyllischen Höhenzug im südöstlichen Niedersachsen. Sie halten deshalb auch einen plötzlichen Wassereinbruch in dem Bergwerk für durchaus möglich. Man folgert daraus, daß einem solchen Einbruch gewaltiger Wassermassen nicht wirksam begegnet werden könne. Daraus wiederum leitet man die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung des Gebietes an der Zonengrenze her, was die politischen Ressentiments voranstellen würde.

Aus den Diskussionen, Protesten und Eingaben allein folgert man heute schon wirtschaftlich negative Auswirkungen in der Art, daß sich Industriebetriebe weigern könnten, sich in dem Gebiet anzusiedeln. Gerade das südöstliche Niedersachsen braucht einen gesunden Industriearbeits, das soziologische Gefälle ist hier schon zu offensichtlich.

Die logische Folgerung solcher politischer und technischer Ressentiments ist die eindeutig an das Bundesforschungsministerium gerichtete Frage, ob der Preis für ein solches Experiment nicht schon heute zu hoch ist, vor allen aber der politische Preis, der hier, in unmittelbarer Nähe der Zonengrenze, um ein Vielfaches höher liegt.